

Wöchentlich 70 Pfennig, monatlich 2.- Reichsmark, im voraus zahlbar. Unter Streifenband im In- und Ausland 3.50 Reichsmark pro Monat.

Der „Vorwärts“ mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Boll und Zeit“ sowie den Beilagen „Unterhaltung und Witz“, „Was der Platte“, „Stadtheilage“, „Frauentöne“, „Der Kinderfreund“, „Jugend-Berichte“, „Sitz in die Bücherwelt“, „Kulturarbeit“ und „Tatort“ erscheint wöchentlich zweimal, Sonntags und Feiertags einmal.

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt

### Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Die einseitige Konvertierung des Pfennig, Reichsmark 2.- Reichsmark, „Kleine Anzeigen“ das letzte Blatt 25 Pfennig (täglich zwei letzte Blätter), jedes weitere Blatt 12 Pfennig, Stellenangebote das erste Blatt 15 Pfennig, jedes weitere Blatt 10 Pfennig, Worte über 15 Buchstaben zahlen für zwei Worte, Arbeitsmarkt Seite 60 Pfennig, Familienanzeigen für Abonnenten Seite 60 Pfennig, Anzeigenannahme im Hauptgeschäft: Eisenstraße 2, wochentags von 8 1/2 bis 17 Uhr.

Redaktion und Verlag: Berlin SW 68, Lindenstraße 3  
Fernsprecher: Dönhoff 292-297 Telegramm-Adr.: Sozialdemokrat Berlin

Vorwärts-Verlag G. m. b. H.

Postcheckkonto: Berlin 37 536 - Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten Wollfr. 65 Diskonto-Gesellschaft Depositenkasse Lindenstr. 3

# Sturmfronten im Reichstag!

## Ein deutschnationaler Provokateur gestäubt! — Das Befoldungsgesetz angenommen.

Heute kam es im Reichstag bei der Beratung der Befoldungsnovelle zu heftigen Ausbrüchen, die durch eine gewissenlose Provokation des deutschnationalen Abgeordneten Schmidt, Hannover, hervorgerufen wurden. Dieser hatte vom sorgfältig vorbereiteten Manuskript die heftigsten und schändlichsten Vorwürfe gegen den sozialdemokratischen Redner, Genosse Rohmann, erhoben und ihn u. a. des persönlichen Eigennutzes geziehen. Stürmische, erregte Zwischenrufe und scharfe Abwehr der ehrenrührigen Vorwürfe brachten mehrere sozialdemokratischen Abgeordneten Ordnungsrufe ein. Nachdem Genosse Rohmann erwidert hatte und selbst der Redner des Zentrums von dem famosen Koalitionsfreunde abgerückt war, endete die erregte Szene auf echt deutschnationaler Weise. Abg. Schmidt, Hannover, nahm den ehrenrührigen Vorwurf des Eigennutzes zurück und wollte nichts gesagt haben. Der Verteidiger der hohen Generalpensionen hatte nicht einmal den Mut mehr, sich zu der Verleumdung zu bekennen.

In der heutigen Sitzung des Reichstags, die bereits um 10 Uhr begann, wurde die Einzelberatung der Befoldungsnovelle fortgesetzt. Zuerst befahl man sich mit dem Abschnitt über die Anrechnung der Dienstzeit. Der Ausschuss hatte beschlossen, daß beim Befoldungsdienstalter die im Heer oder in der Schutzpolizei vom Beginn des 14. bis zum Ende des 19. Dienstjahres zurückgelegte Zeit zur Hälfte angerechnet wird. Die Regierungsvorlage wolle es bei den bisherigen Bestimmungen belassen, wonach die Verkürzung des Befoldungsdienstalters acht Jahre nicht übersteigen darf.

Abg. Steinkopf (Soz.) begründet einen sozialdemokratischen Antrag, wonach neben der sonst anzurechnenden Dienstzeit noch die im Heer, in der Marine oder in der Schutzpolizei vom Beginn des 14. Dienstjahres ab zurückgelegte Zeit zu drei Vierteln auf das Befoldungsdienstalter angerechnet wird. Der Redner bezeichnet es als einen eigenartigen Vorgang, daß die Regierung mit dieser Vorlage kommt, die sie vorher selbst bekämpft und noch von den Regierungsparteien bekämpft läßt. Die Sozialdemokratie beantrage über die Frage namentliche Abstimmung.

Abg. Rohmann (Soz.) tritt gleichfalls für eine bessere Anrechnung der Militärdienstzeit ein. Nach einigen Ausführungen der Abg. Lorgler (Komm.) und Schuldt-Stettin (Dem.) erklärt Ministerialrat Weener, daß die Regierung mit einer Umänderung dieser ursprünglichen Vorlage unter keinen Umständen einverstanden sein könne.

Es folgt dann die Besprechung des Abschnitts Wartegelder, Ruhegehälter und hinterbliebenenversorgung. Abg. Schuldt-Stettin (Dem.) sieht in der Vorlage eine Schädigung der Pensionäre, deren Lebenshaltung mit zunehmender Teuerung immer ungünstiger geworden ist. Der Redner beantragt, die im dauernden Ruhestand befindlichen Beamten ebenso zu behandeln wie die im einstweiligen Ruhestand.

Abg. Rohmann (Soz.):

Die Kommunisten treten als technische Rathilfe der Reaktion auf. Der Redner begründet dann einige Anträge der Sozialdemokratie, wonach die Vorschriften dieses Gesetzes auch auf die vor dem 1. Oktober 1927 in den Wartestand oder Ruhestand versetzten Beamten und Offiziere Anwendung finden. Das Ruhegehalt dürfte in keinem Falle 12 000 M. im Jahre übersteigen. Bezieht ein Ruhegehaltsempfänger, der nicht im Reich dient oder in einem sonstigen öffentlichen Dienst im Sinne des § 57 Nr. 2 des Reichsbeamten-Gesetzes verwendet wird, neben seinen Versorgungsgebühren ein weiteres steuerbares Einkommen (Privateinkommen), so wird das Ruhegehalt, soweit es 3000 M. im Jahre übersteigt, nach den folgenden Vorschriften gekürzt. Das Ruhegehalt wird um die Hälfte des Betrages gekürzt, um den das gesamte Privateinkommen (Abf. 1) das künftige Einkommen (Abf. 2) übersteigt. Den Ruhegehaltsempfängern stehen versorgungsberechtigte Hinterbliebene gleich.

Der Redner erklärt dazu, die Sozialdemokratie trete dafür ein, daß die Bezüge der Ruhegehaltsempfänger aufgebessert werden müßten, wenn die Lebensverhältnisse sich verschlechtern. Sie dürften nicht schlechter gestellt werden als die im Dienste stehenden Beamten. Dieser Grundsatz ist auch in der Befoldungsordnung von 1920 anerkannt worden, die jegliche Vorlage will aber diesen Zustand wesentlich verschlechtern.

Mit aller Entschiedenheit stellt die Sozialdemokratie dafür ein, daß die Bezüge der hohen Pensionsempfänger gekürzt werden, wenn sie daneben noch Privateinkommen beziehen.

Bei den Kriegsschädigten werden in rigorosster Weise Kürzungen vorgenommen, es entspricht also nur der Gerechtigkeit, wenn die hohen Pensionsempfänger auf einen Teil ihrer Bezüge verzichten, wenn sie daneben noch Privateinkommen haben. Man hat noch bei der Hindenburg-Wahl eine verleumdende Hebe gegen die Sozialdemokratie und die Republik betrieben, weil angeblich Sozialdemokraten an der Futterkrippe des Staates saßen. In einem Flugblatt, das zu der damaligen Zeit verbreitet wurde, heißt es darüber: „Es wird noch furchtbar tagen!“

Es hat damals getan, als die Regierung im vorigen Jahre ihre Denkschrift über die Pensionsempfänger herausgegeben hat. Da erfährt man, daß an

ehemalige Generale, Admirale und Minister aus dem kaiserlichen Deutschland Pensionen im Gesamtbetrag von rund 23 Millionen Mark gezahlt werden.

Man hätte nun erwarten sollen, daß die Rechtsparteien nach dem Geschrei, das sie früher angestimmt hatten, jetzt für die Kürzung dieser hohen Pensionen eintreten würden. Aber nichts ist von dieser Seite geschehen, es soll alles beim alten bleiben. Wir bringen deshalb bei dieser Gelegenheit erneut unseren Antrag auf Kürzung der hohen Pensionen in den Fällen, wo Nebeneinkommen bestehen, ein. Dieser Antrag ist um so mehr berechtigt, wenn man erfährt, daß eine große Anzahl dieser hohen Pensionsempfänger außerordentlich gut bezahlte Stellen als Direktoren oder Aufsichtsratsmitglieder in Aktiengesellschaften haben. Wenn man die erschütternden Schilderungen über das Elend in den Familien der Kriegsverletzten liest, so muß man es als ein Gebot der Gerechtigkeit bezeichnen, daß endlich in der Frage der Kürzung der hohen Pensionsempfänger, so wie unser Antrag es will, etwas geschieht. Wir werden nicht ruhen, bis unsere Forderung erfüllt ist.

### Deutschnationale Unverschämtheit.

Abg. Schmidt-Stettin (Dem.) wendet sich gegen die preussische Regierung, die sich am heftigsten gegen die bessere Einsetzung gestraut hat. Einem Pensionärsfürsorgegesetz würden die Deutschnationalen niemals zustimmen.

Abg. Schmidt-Hannover (Dem.) wendet sich gleichfalls gegen den sozialdemokratischen Redner und erklärt, die Pensionäre der alten Wehrmacht seien keineswegs in einer bevorzugten Stellung. Eine Pensionserhöhung würde eine Verfassungsverletzung bedeuten. Es sei doch nicht zurecht, wenn General v. Wasthisen nach 33jähriger Dienstzeit eine Jahrespension von 16 000 M. erhält. Ebenso viel bekomme ja auch Herr Scheidemann. (Unruhe bei den Sozialisten.) Abg. Rohmann, der erst durch die Resolution Direktor eines Versorgungsamtes in Gruppe XIII wurde, legt sich jetzt eifrig für eine Verbesserung der Direktoren ein. (Hört, hört! rechts Unruhe bei den Sozialdemokraten. (Zuruf des Abg. Ruhnert (Soz.): Herr Präsident, ich bitte, Abg. Ruhnert zur Ordnung zu rufen. Gelächter links.) Die Annahme des Abg. Rohmann reichen unserem alten Offizierskorps nicht an die Scheitelspitzen. Dessen Ruhm wird bestehen, wenn die Röh- und Scheidemannler längst der Vergessenheit anheim gefallen sind als merkwürdige Kuriosität einer trunkenen Zeit. (Beifall rechts, Unruhe und Zwischen bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Schuldt (Dem.) wendet sich gegen die Ausführungen des Abg. Schmidt-Stettin.

Abg. Steinkopf (Soz.): Der Abg. Schmidt-Hannover hat als Hauptmann a. D. einen Kasernenhofen angewandt, wie er im Reichstag bisher nicht üblich war. (Unruhe rechts.) Ich stelle fest, daß der Abg. Schmidt-Hannover hier ein sorgfältig ausgearbeitetes Manuskript verlesen hat, in dem er die gräßlichsten Insinuationen gegen meine Partei-

freunde vorher hineingearbeitet hat. (Hört, hört! links.) Ihr Verhalten (zu den Deutschnationalen) in der Pensionsfrage geht darauf hinaus, daß die gesetzlichen Bestimmungen darüber nur für die Angehörigen der bürgerlichen Parteien gelten sollen, nicht aber für solche Männer, die aus dem Volke gekommen sind. Bemerkenswert dem der Abg. Schmidt nicht, wie er mit seinen Ausführungen seinen eigenen Parteifreund Koch beleidigt, der ja auch ein Revolutionsminister ist. Wir beantragen, über unsere Anträge zur Pensionsfrage namentliche Abstimmung. (Lebhafter Beifall d. d. Soz.)

Abg. Rohmann (Soz.):

Bei meinen Ausführungen über Pensionserhöhungen habe ich niemand persönlich angegriffen. Das war erst dem Abg. Schmidt-Hannover vorbehalten, der mit seinem ausgearbeiteten Manuskript hier aufgetreten ist, um Leute aufs Größlichste zu beschimpfen, die im öffentlichen Leben stehen.

Die Hebe, die gegen die in leitenden Stellen der Republik stehenden Personen entfällt worden ist, ging von den Deutschnationalen aus.

Ich habe kein Wort des Angriffs gegen das Offizierskorps gebraucht und dessen Leistung im Weltkrieg in keiner Weise herabzusetzen versucht. Erst der Abg. Schmidt hat sich einen Popanz zurechtgemacht, um dann seine Hebe gegen die in der Revolution zu Leuten gekommenen Männer zu wiederholen. Herr Schmidt hat behauptet, ich hätte mich als Direktor eines Versorgungsamtes während der Beratungen über die Befoldungsnovelle für eine Verbesserung meines eigenen Gehaltes eingesetzt. Ich erkläre diese Behauptung für eine freche und unverschämte Lüge. (Hört, hört! links. Präsident Lohse ruft den Redner zur Ordnung, erregte Zwischenrufe der Linken gegen die Deutschnationalen.) Worum handelt es sich bei diesem Vorgang? Ein Parteifreund des Herrn Schmidt, ein Versorgungsamtsdirektor in Hannover, Generalmajor a. D. und Mitglied des Offiziersbundes, hat mich schriftlich gebeten, ich möge ihm doch Gelegenheit geben, mit Mitgliedern des Hauptauschusses eine Rücksprache zu bekommen. Dieser Bitte habe ich entsprochen. (Abg. Schmidt-Hannover: „Weiter habe ich auch nichts behauptet!“ — Große Unruhe links, Rufe bei den Soz.: „Freiger Rückzug!“ — Das will ein Offizier sein! — Lumpen!) Ich habe in meinen sachlichen Ausführungen keinen Angriff gegen das Offizierskorps gerichtet und keinen Namen genannt. Die vom Abg. Schmidt-Hannover vorgebrachten persönlichen Verdächtigungen sind eine Gemeinheit.

Präsident Lohse ruft den Abg. Rohmann wegen des letzten Ausbruchs nochmals zur Ordnung.

Abg. Gollmann (Soz.) bekennt sich zu den gegen den Abg. Schmidt-Hannover gerichteten Zuruf „Lump!“ Er erhält dafür einen Ordnungsruf. Abg. Ruhnert (Soz.), dessen Zuruf „verprügelter Hund“ sich nicht auf den Redner bezog, erklärt auf eine Frage des Präsidenten, er lasse die Bezeichnung auch für den Abg. Schmidt-Hannover gelten. Dafür erhält Abg. Ruhnert einen Ordnungsruf.

Abg. Erling (Z.) bedauert die vom Abg. Schmidt-Hannover geübte Art der Auseinandersetzung. Damit werde den Regierungsparteien kein Dienst geleistet.

# Pariser Antifaschistenblatt verboten

## Der Kaufpreis für eine französisch-italienische Verständigung?

Paris, 14. Dezember.

Das Innenministerium teilt mit, daß der Ministerat die Verbreitung, den Verkauf und die Verteilung des in Paris erscheinenden antifaschistischen „Corriere degli Italiani“ verboten habe. Diese Zeitung sei verschiedentlich aufgefodert worden, das Rundschreiben des Innenministeriums vom 5. Oktober 1926 über die Verpflichtungen und Pflichten der in Frankreich lebenden Ausländer zu beobachten, habe aber diesen strengen Warnungen nicht Rechnung getragen. So stand in der Nummer vom 11. Dezember als Motto folgender Satz: „Es ist notwendig, daß ein Mann stirbt, damit das Vaterland gerettet wird!“ Diese Behauptung bilde eine wirkliche Aufreizung, einen Mord zu begehen.

Wie aus Rom gemeldet wird, jubelt die Faschistenpresse über diese französische Regierungsmaßnahme.

### Der Putsch von Oklahoma.

#### Anklage gegen den Gouverneur.

Oklahoma, 14. Dezember.

Während die gestern vom Gouverneur Johnston aufgeborene Staatsmiliz im Staatskapitol schielte, hielten die Mitglieder des Unterhauses des Staates Oklahoma in einem Hotel eine Geheim-sitzung ab, in der sie die Anklageschrift gegen den Gouverneur sowie gegen den Oberrichter Branon vom Obersten Staats-

gerichtshof und gegen den Präsidenten des staatlichen Ackerbauamtes Cordell genehmigten. Die Anklageschrift gegen den Gouverneur enthält sechs Anklagepunkte, darunter einen, daß er die Zivil-gewalt durch die militärische ersetzt habe, um durch diesen Versuch dem Anklageverfahren zuvorkommen. Die Geheim-sitzung begann 3.50 Uhr morgens. Die Parlamentarier, von denen viele aus dem Schlafe geweckt wurden, bildeten eine eigenartige Gruppe. Es waren nur wenige Stühle vorhanden. Einige der Volkvertreter saßen oder lagen auf dem Fußboden, einige in Betten, einige trugen nur Schlafanzüge oder Bademäntel.

### Sowjetkanton zusammengebrochen.

Die Kommunistenherrschaft in Kanton ist nach einer Meldung aus Hongkong nach 24 Stunden wieder zusammengebrochen. Die Ruhe soll wiederhergestellt sein. Die Kämpfe haben 4000 Tote und Verwundete gekostet.

### England und der Gastrieg.

London, 14. Dezember.

Im Unterhaus erklärte Unterstaatssekretär Locker Lampson, die Regierung habe beschlossen, die Ratifizierung des Giftgas-verbotes solange aufzuschieben, bis alle anderen großen Mächte ratifiziert oder mitgeteilt hätten, daß sie dies zu tun beabsichtigen.



Hg. Schmidt-Hannover (Dnat.): Die vom Hg. Kohnmann gegebene Darstellung ist mir von meinem Parteifreund Schmidt-Ettin als richtig bestätigt worden. (Hört, hört! Ums.) Ich stelle nochmals fest, daß ich mit meinen Ausführungen nicht behaupten wollte, daß Herr Kohnmann sich persönliche Vorteile verschaffen wollte. (Rufe Ums: Aber Sie haben es behauptet!)

Damit ist die Einzelaussprache beendet. Es folgen die Abstimmungen.

### Alle Abänderungsanträge abgelehnt.

Der sozialdemokratische Antrag auf Wiederherstellung der Regierungsvorlage bei der Antezahlung des Dienstalters wird mit 209 gegen 181 Stimmen abgelehnt. Der Antrag der Sozialdemokratie auf gleiche Entlohnung für Ruhegehaltsempfänger mit den Beamten wird mit 209 gegen 184 Stimmen bei 19 Enthaltungen abgelehnt.

Der sozialdemokratische Antrag, wonach das Ruhegehalt in jedem Falle 12.000 M. im Jahr übersteigen darf, wird mit 209 gegen 190 Stimmen bei 17 Enthaltungen abgelehnt. Eine Anzahl von Zentrumsgesandten enthält sich der Stimme.

Die Vorlage wird im übrigen nach den Beschlüssen des Ausschusses angenommen.

### Deutschnationale Verleumdung.

Die „Deutsche Tageszeitung“ hält es für notwendig, nach einmal an den Fall Schiele — Raiszoll zu erinnern. Sie behauptet dreist, daß die Sozialdemokratie sich in diesem Falle „für den Hochkapitalismus“ eingesetzt habe, und verleiht diesen Anwurf mit der folgenden stinkenden Andeutung:

„Der Antikapitalismus unserer Marxisten sieht also gelegentlich in der Praxis reichlich merkwürdig aus. Wenn er darauf beruhen sollte, daß etwa zarte Beziehungen zwischen der Kasse des Reichsbanners und der Reichs-Z.N.G. bestehen, so würde in einer solchen Möglichkeit wenigstens eine gewisse Erklärung für den plötzlichen Hochkapitalismus der Sozialdemokratie liegen.“

Gegen diese in die Form eines Bedingungsatzes gekleidete Verleumdung gibt uns die Bundesleitung des Reichsbanners das folgende kategorische Dementi:

„Es ist uns nichts davon bekannt, daß irgendwelche Verbindungen, Beziehungen oder Annäherungen zur Majestät-Z.N.G. bestehen, weder in finanzieller noch in persönlicher oder irgendeiner anderen Hinsicht.“

Die Verleumdung ist damit gerichtet. Die Tatsache aber, daß Herr Schiele, der Reichsernährungsminister, Interessent für Kartoffelstärke ist, läßt sich durch deutschnationale Verleumdungen nicht aus der Welt schaffen.

### Stalins Artikel doch echt?

Bereits am 2. Oktober in New York erschienen und seitdem nicht dementiert.

London, 14. Dezember. (Eigenbericht.)

Zu dem von der Agentur „Anglo-American Newspaper Service“ vermittelten aufsehenerregenden Stalin-Artikel über die Beherrschung der Lüste durch die russische Kustliste, der inwieweit von der Telegraphen-Agentur der Sowjetunion als eine grobe Fälschung bezeichnet worden ist, erzählt man, daß dieser Artikel bereits am 2. Oktober d. J. in dem jüdischen Blatt des amerikanischen Hearst-Konzerns „New York American“, das eine Auflage von 600.000 Exemplaren hat, erschienen ist. Der Artikel wurde weder damals noch in den darauffolgenden Wochen jemals dementiert. Nachdem aus Litauen in Genf seine Abfertigungsdienste gehalten hatte, die im reinsten Widerspruch zu diesem Stalin-Artikel standen, hielt die oben genannte englisch-amerikanische Agentur den Zeitpunkt für geeignet, nachdem sie sich mit dem „New York American“ in Verbindung gesetzt und sich von der Echtheit des Artikels überzeugt hatte, diesen auch neue zu betreiben. Jetzt erst erfolgte das späte russische Dementi.

### Der Fall Wigman.

Von John Schifowski.

Dresden, 12. Dezember.

„Jede Augustische Alter blühte —“ Weniger dürfen das Trost- und Triumphschloß Schillers mit dem gleichen Recht auf sich anwenden, wie Mary Wigman. Was sie heute ist, hat sie keinem zu danken. „Sich selbst erhebt sie sich den Derr.“ Stumpf und blöde, schimpfend oder höhnisch stand das sogenannte deutsche Volk, d. h. das Bürgerpublikum, vor den ersten Offenbarungen ihrer Kunst. Jahrzehntlang hat sie in Not und Elend, unter unglücklichen Kämpfen gerungen und gelitten. Immer wieder dem körperlichen und seelischen Zusammenbruch nahe. Immer wieder sich aufraffend im Bewußtsein der Verantwortung, die sie trug. Nicht nur für sich und ihre Mission, sondern auch für die menschliche Existenz jener Schor begeisterter Jüngertinnen, die sich ihr anvertraut hatten. Schon war ihr Name weltberühmt, und immer noch lauschte die Menge auf die Schimmerworte der Ulltagserzählung auf ihr. Sie lastete, aber sie schämte nicht. Mit übermenschlicher Energie wurden alle Hindernisse aus dem Weg geräumt. Wurde trotz allem und allem der Blick für die besten Ziele frei und frisch gehalten. Wurde der Weg verfolgt — ohne Zweifel und ohne Ermüden. Nur wenige wußten, was diese Frau geleistet und gebildet hat. Denn es ist nicht ihre Art, ein Martirium zur Schau zu stellen.

Im Frühjahr 1919 war Mary Wigman als Tänzerin zum ersten Male in die Deutsches Volkstheater getreten, und zwar in der Schweiz. Mit durchschlagendem Erfolg. Ein halbes Jahr später erschien sie in den deutschen Kunstzentren München und Berlin. Hier pfiff das Publikum auf Hausdächlein, und die Presse konstatierte, es sei „zum Wachen“, „ein Wahnsinn“, sprach von „blödsinniger Gliederverrenkung“, nannte den leidenschaftlichen Schwung „eine unbedingte Angelegenheit“, die Bona und Trommelbegleitung eine „Trommelfellstrapaze“. Nur wenige waren begeistert und hingekommen. Im folgenden Jahre erhielt Mary Wigman einen Ruf an die Dresdener Staatsoper. Der Vertrag zerbrach sich, aber die Wigman blieb seitdem in Dresden. Gründete hier ihre Schule. Erhielt, nicht etwa durch den Staat, sondern durch die großzügige Hilfsbereitschaft ihrer damaligen Schülerin und Assistentin Berthe Trümpp, der jetzigen Leiterin unseres Berliner Volksbühnen-Bewegungstheaters, die Mittel zum Erwerb eines Grundstücks. Der Ruf der Schule breitete sich aus. Immer mehr Schülerinnen und Schüler strömten nach Dresden. Raumvergnug zwang, ein Wohnheim nach dem anderen der Arbeit abzugeben. Ein sogenanntes Sekretariat entstand durch Verkleinerung der Küche, eine Männergarderobe unter einem Treppenschloß im Dachstuhl. Trotz aller Einschränkungen und trotzdem die inzwischen gegründete Mary Wigman Tanzgruppe bereits eine europäische Bekanntheit geworden war, hätte diese Gruppe nicht erhalten werden können, wenn nicht das Ausland dauernde Zuschüsse gegeben hätte. Deutschland verhielt sich ablehnend. Die amtlichen Organe der Kunstpflege im größten deutschen Staat unterstützten damals die Duncan-Schule, über deren Belanglosigkeit es unter Sachkennern keine Meinungsverschiedenheiten mehr gab.

Einen Ausländer, dem Schweizer Ernst Schlegel, ver-

# Das ganze Dorf war aufgehekt!

## Stahlhelmterror in Arensdorf. — Neuer Schwindel Schmelzers aufgedeckt.

F. Kl. Frankfurt a. d. O., 14. Dezember.

Heute gab es in der Verhandlung über den Arensdorfer Mord zunächst einen Generalangriff der Verteidigung gegen die Glaubwürdigkeit des jugendlichen Zeugen, der den Ruf des alten Schmelzer bezeugt hatte: „August, nun ran mit der Flinte!“ Dieser 13-jährige Knabe wird von der Verteidigung mit schwerem Geschütz beschossen. Die beiden Lehrer aus Arensdorf werden als Bezeugen über ihn gehört. Besonders der Junglehrer Rösler, der einige Jahre den Jungen bei sich in der Klasse hatte, versichert, daß nach seiner Auffassung der Junge wenig glaubwürdig sei. Ueber die Grundlage dieses allgemeinen Urteils befragt, muß er zugestehen, daß das nur ein allgemeiner Eindruck sei, der sich gründe besonders auf gelegentliche bubenhafte Ausreden, die der Junge gemacht habe, in Fällen, wo man ihn wegen Nichtanfertigung von Schularbeiten und dergleichen Din zu Rechenschaft gezogen habe. Auch dem Vater des Jungen, dem der Knabe den Ruf des alten Schmelzer sofort berichtet hatte, ist dieser Junglehrer nicht besonders wohlgesinnt. Er ist der Meinung, daß der Vater den Jungen bei seiner Veranlagung noch unterstütze.

Der Vertreter der Nebenklage, Rechtsanwalt Falkenfeld-Frankfurt fragt diesen jungen Herrn, ob ihm bekannt sei, daß die vom Landrat des Kreises Lebus dem ...algebäude in Arensdorf zum 80. Geburtstag Hindenburgs übermiesene Fahne in den Reichsarchiven bereits vor dem Geburtstage verschwunden sei. Das mußte der Lehrer bestätigen, aber er behauptete, keine Vorstellung davon zu haben, und sich keine Gedanken darüber gemacht zu haben, wer der Dieb der Fahne gewesen sein könne.

Der frühere Hauptlehrer von Arensdorf, mit Namen Hübner, hat auch kein besonders günstiges Urteil über den Knaben, obwohl er ihn nur ein Vierteljahr in seiner Klasse gehabt hat. Er meint, der Junge sei im allgemeinen wenig fleißig und wenig begabt. Für eine besondere Verlogenheit kann er allerdings keine Belege beibringen. Dieser Hauptlehrer wird auch besonders darüber gehört, ob er von sogenannten Lobhofs-Anfällen oder der besonderen Aufgereiztheit des August Schmelzer etwas wisse.

Er muß allerdings bekennen, daß er wiederholt mit ihm Billard gespielt habe, und daß er auch einmal ein bißchen erregt, aber im allgemeinen ruhig und friedlich gewesen sei.

Augenscheinlich ist die Verteidigung mit dem Ergebnis ihres Angriffs auf die Glaubwürdigkeit des Jungen noch nicht ganz zufrieden. Es ist inzwischen der als Sachverständiger für die Bewertung von Kinderausagen geladene Psychiater, Geheimrat Placzek aus Berlin, erschienen, der die Lehrer durch einige Querfragen in Verlegenheit bringt, insbesondere über pädagogische Fragen eine ganz andere Ansicht zu haben scheint, als die Lehrer selbst. Dieser Sachverständige will im Laufe des heutigen Tages auch den Jungen besonders untersuchen und ein Urteil über die Veranlagung des Knaben dann abgeben. Im weiteren Verlaufe der Verhandlung wird der Arensdorfer Arzt Dr. Guterhoff vernommen, der mit einem Kraftwagen unmittelbar hinter dem Erker-Reichsbannerauto durch das Dorf fuhr und auch am Schmelzerischen Hause vorbeikam. Er konnte das Auto nicht überholen, hat also unmittelbar hinter dem Wagen ziemlich das ganze Dorf durchfahren müssen. Er hat indessen nichts davon beobachtet, daß wie August Schmelzer bei seiner Vernehmung behauptete, die Reichsbannerleute irgendwie eine lärmende Haltung eingenommen hätten oder irgendjemanden beschimpft hätten, während August Schmel-

zer erklärt hatte, bei dem Vorbeifahren vor seinem Hause hätten die Reichsbannerleute „wie wild über mir geschrien“. Diese Behauptung ist also schon jetzt als ein offener Schwindel nachgewiesen.

Im übrigen wendet sich die Verhandlung heute den Einzelheiten bei den Vorgängen in Arensdorf zu. Unter den Zeugen befindet sich auch ein Melker, der vorübergehend in Arensdorf in Stellung war und genau beobachtet, wie August Schmelzer die Büchse hob, zweimal schoß und wieder mit Patronen aus seiner Tasche die Büchse lud, und wie gleichzeitig der Vater dicht neben ihm auf der Landstraße einherging. Die Verteidigung versuchte diesen Zeugen durch die Frage einzuschüchtern, warum er, der in unmittelbarer Nähe dabei stand, nicht dem August Schmelzer die Waffe entwand. Darauf gab er die charakteristische Antwort:

„Nehmen Sie mal die Waffe weg, wenn sie als Fremder allein im Dorfe sind, bei der Besinnung, die dort herrscht! Wenn ich allein mit Schmelzer gewesen wäre, hätte ich ihm zwei Gewehre weggenommen. Aber wo das ganze Dorf aufgehekt war, kann man doch nicht als Fremder und einzeln ihm die Waffe wegnehmen. Ich stände dann nicht hier. Ich wäre wahrscheinlich längst tot.“

Auf die Frage, worin diese Besinnung bestände, erklärte er, daß die Andersgesinnten im Dorfe verprügelt würden und sich kaum leben lassen könnten. Man hätte sogar einen Gegner der Stahlhelmer im Bette überfallen und dort nachts verdroschen!

Frankfurt a. d. Oder, 14. Dezember.

Am dritten Verhandlungstag des Arensdorfer Prozesses vor dem Schwurgericht in Frankfurt a. d. O. waren wieder 33 Zeugen, Bewohner von Arensdorf und Mitglieder des Reichsbanners Zeugen, nachdem bisher bereits rund 35 Zeugen vernommen worden sind. Mit ihnen war auch Gustav v. Wenzleben wieder im Saal erschienen, und zwar nunmehr als ordnungsgemäß geladener Zeuge. Vor Eintritt in die Verhandlung beantragte Oberstaatsanwalt Kothke unter Zustimmung der Verteidigung die Ladung eines Schiedsrichterpanels, und zwar des Gewehrfabrikanten Collet aus Frankfurt a. d. O. Das Gericht beschloß demgemäß.

Auf Wunsch der Verteidigung wurde dann noch einmal der Führer der Reichsbannerkameradschaft Erkner, Schmidt, vernommen. R. A. Jolly ließ sich von ihm schildern, wie nach seinen Annahmen als Führer des Autos die einzelnen Reichsbannerkameraden ihrem Kameraden Klemmich zu Hilfe geeilt wären. Schmidt erklärte, daß er gleich abgestiegen sei, aber als älterer Mann naturgemäß der Letzte am Latzort gewesen sei, da die jungen Leute ihm schnell vorausgingen. Sein Hauptaugenmerk habe er zuerst darauf gerichtet, die Adressen von Hoffmann und Jemel zu erhalten, so daß er von den in der Zwischenzeit im Dorfe vorgefallenen Dingen nichts bemerkt habe. Sein Bestreben sei es dann gewesen, gerade um Zusammenstöße zu vermeiden, seine Leute so schnell wie möglich aus dem Dorfe zu entfernen. Als dann die Rede darauf kam, daß die Reichsbannerleute auch einen Landourtrupp unter sich hätten, fragte R. A. Jolly: Hat Ihr Landourtrupp das Spiel gerührt, als Sie in Frankfurt ankamen. (Entrüstungsrufe im Zuscherraum.) Zeuge (erregt): Spiel gerührt? Als Trourzug sind wir in Frankfurt angekommen, die Tränen flossen uns herunter. Ich selbst habe den Toten, der auch ein Landour war, ins Krankenhaus geliegt.

R. A. Bloch: Bestehen seitens der Leitung des Reichsbanners allgemeine Vorschriften für das Verhalten des Transportführers? Zeuge: Nein. Wir sind auf Zusammenstöße nicht eingestrichelt. Natürlich haben wir die Pflicht, uns zu wehren, wo wir angegriffen werden, aber eine Organisation besitzen wir nicht.

Sehr eingehend wurde der Lehrer Rösler aus Arensdorf vernommen, der zunächst schilberte, wie Hoffmann, von Reichsbannerleuten verfolgt, auf den Schulhof geschickt sei. R. A. Bloch: Zu Ihren Schülern gehörte doch früher auch der kleine Vorredner.

Der Finanzminister zum Opernhausumbau. Wie der Amtliche Pressedienst der Antwort des preussischen Finanzministers auf eine kleine Anfrage eines Landtagsabgeordneten entnimmt, wird bei dem Opernhausumbau der vom Landtag genehmigte Umbauentwurf ausgeführt. Die Befürchtungen der Deutschnationalen hinsichtlich einer Verletzung des Innenraums sind unbegründet; der Zuschauerraum bedürfte einer gründlichen Instandsetzung, die im Hinblick auf die Einwirkung des Konjunktur der Kunstmalerei erfolgt. Dabei werden außer dem Einbau neuer Gestühle geringfügige Veränderungen zur Verbesserung der Sicht auf die Bühne vorgenommen, die den künstlerischen Gesamteindruck des Raumes nicht berühren. — Für den Umbau sind bisher veranschlagt 8,8 Millionen Mark, die voraussichtlich Gesamtkosten werden sich auf 10,5 Millionen Mark belaufen. Die Fertigstellung des Neubaus derart, daß in ihm wieder künstlerische Arbeit geleistet werden kann, wird zu Anfang April 1928 erfolgen. — Auf die Frage endlich, welche Summen durch die Stilllegung der Bühne der Allgemeinheit bisher eingegangen sind und noch entgegen werden, erwidert der Minister, daß bei einer Unterlassung der polizeilicherseits geforderten Umbauarbeiten das Opernhaus ohnehin hätte geschlossen werden müssen.

Vortragsabend Peter Stamm und Karl Judmayer. Im Plenarsaal des ehemaligen Herrenhauses lasen am 3. Dichterabend des Verbundes Deutscher Erzähler Peter Stamm und Karl Judmayer aus ihren Werken. Der in seiner kurzen Vorstellung der Autoren sonst immer sehr gewandte Vorsitzende des Verbandes, Georg Engel, mußte diesmal verlegen: zwei so entgegengelegte Erscheinungen wie Judmayer und Stamm lassen sich nicht auf einen einigermaßen annehmbaren Generalnamen bringen. Deshalb wurde es von dem Verband Deutscher Erzähler versucht, der keine Dichterabende sonst so sinnvoll arrangiert? Stamm, der fantastische Analytiker, der in seinen Dialogen aus dem letzten noch das allerletzte herauszuschälen sucht — ohne daß es ihm immer gelingt —, ist gewiß eine ebenso interessante und merkwürdige Erzählerpersönlichkeit wie Judmayer. Aber noch Judmayers beruhigend klarer Dialektanalyse aus Natur und Mensch, die noch in den Augenblicken stärksten Erlebens, höchster Effekte unübersehbar und fast sachlich vor den Hörer hingestellt wurde, mußte die Welt Peter Stamms dem Publikum fernliegen. Zudem las Stamm aus seinem noch unveröffentlichten Roman „Scala“ sehr unendlich und in so überhettem Tempo, daß es oft fast unmöglich wurde, seinem Vortrag zu folgen. Auch Judmayers Schilderungen aus der Welt der letzten Indianer hätten durch sprachlich bessere Gestaltung noch sehr gewinnen können. Es sollte daher von Verband Deutscher Erzähler erwogen werden, ob es nicht nützlich sein würde, grundsätzlich nur geklarte Sprecher an das Vortragspult zu lassen. Den Autoren und ihren Werken wäre sicherlich damit nur gedient. Die Kunst der Zuhörer, die bei dem Roman Stamms einsetzte, wäre bei vollständigerem Vortrag gewiß unterblieben.

Museumstrasse. Sonntag, den 15. 10 Uhr. Vreden im Kitz-Raum Dr. von Kollon über „Lichtarten aus Laganen“, im Kitz-Raum Dr. von Kollon über „Lichtarten aus Laganen“, im Kitz-Raum für Väterkinder Dr. von Kollon über „Lichtarten aus Laganen“, im Kitz-Raum für Väterkinder Dr. von Kollon über „Lichtarten aus Laganen“.

dant es die Welt, daß die kurz vor dem Zusammenbruch stehenden seelischen, körperlichen und wirtschaftlichen Kräfte der Wigman im letzten Augenblick Unterstützung fanden und das große Werk geleistet wurde. Schlegels unermüdlicher Tätigkeit gelang es, die Stadt Dresden, den sächsischen Staat und das Deutsche Reich zur Herabgabe von Mitteln zu veranlassen. So konnte der dringend notwendige Erweiterungsbau der Schule in Angriff genommen werden, der Dresdener Architekt Otto Geller seine Arbeiten begann und die Errichtung des neuen Hauses, über die ich bereits berichtet habe, in diesen Tagen stattfinden.

Was das Lebenswerk Mary Wigmans und ihrer Gehilfen, unter denen an erster Stelle der musikalische Mitarbeiter Will Goehle zu nennen ist, für die Gegenwart und alle Zukunft bedeutet, habe ich an dieser Stelle oft genug auseinandergesetzt. Es ist keine Ueberreibung, wenn man behauptet, daß die Schöpfung der neuen Kunst rhythmischer Körperbewegung das höchste ist, was die deutsche Kunst unserer Zeit hervorgebracht hat. Dieser Leistung hat das Ausland nichts an die Seite zu stellen. Wo immer Mary Wigman und ihre Tanzgruppe erschienen, wirkten sie wie eine Offenbarung. Künstlerinnen wie Gret Palucca und Joanne Georgi sind aus der Gruppe hervorgegangen. Und die Ballettursule, die die Wigman-Schule neben der Kunstschule veranstaltet, und deren Schülerkreis heute schon weit mehr als die doppelte Zahl der Betriebsausbildungsschüler umfaßt, geben in großen Bewegungsklassen und Chören Arbeitern jeden Alters Gelegenheit zur gymnasialen Körperdurchbildung. Ihr Ziel ist, durch dramatische Ausdrucksbewegung der Massen eine ins Feststehende erhabene Arbeitsgemeinschaft zu schaffen. Auf dieser Grundlage arbeiten jetzt schon zahlreiche Volksbühnenorganisationen. Die bedeutende Erweiterung, die die Wigman'schen Ballettursule im vorigen Jahre erfahren haben, verdanken sie der Zusammenarbeit mit der Chemnitzer Volksbühne. Und unsere Berliner Volksbühne ist auf dem Wege noch einen Schritt weitergegangen, indem sie den von der Wigman-Schülerinnen Trümpp und Skarone geleiteten Bewegungstheater mit Karl Bogts Sprechchor zu einheitlichem Organismus verschmolz.

Das Endziel der ganzen Entwicklung ist schon heute klar zu erkennen. Es heißt: Schöpfung einer neuen volkstümlichen Bühnensucht. Eines Theaters, in dem die Schranken zwischen Szene und Zuschauerraum gefallen sind. In dem die Rolle des Volkes selber nicht nur aufnehmend, sondern schöpferisch mitwirkt. Nicht als „Disfidententruppe“, sondern als Glieder einer großen Volksgemeinschaft, die, vom gleichen Geist durchdringt und beflügelt, ihren Sehnsüchten und Hoffnungen, ihrem Wollen und Wünschen, ihrer Liebe und ihrem Haß, ihren letzten höchsten Idealen in einer künstlerischen Form Ausdruck gibt, die aus tiefstem Herzen fließt und ins Innerste der Seelen dringt.

Dieses Entwicklungsziel mit allen Mitteln zu fördern, sollte als die wichtigste und vornehmste Aufgabe der offiziellen Kunstpflege jeder wahrhaft volkstümlichen Regierung in deutschen Landen erkannt werden.

Die Ausstellung Vic'or Fortberg, Schönberger Ufer 44, zeigt vom 18. ab eine Kollektionsausstellung von Vic'or Fortberg. Eine Seite aus seiner Palästinareise und Bühnische besonderer Persönlichkeiten.



Haben Sie Feststellungen über keine Wahrheitsliebe gemacht? Zeuge: Für mich als Lehrer erscheint er wenig glaubhaft. Ich konnte ihn des öfteren der Unwahrheit überführen. So hat er wiederholt Schularbeiten nicht angefertigt und allerlei unwahre Entschuldigungsgründe vorgebracht. Einmal kam er morgens mit ganz besaubigten Stiefeln zu spät zur Schule und schlief sofort ein. Ich stellte ihn zur Rede, er behauptete aber, am Abend um 8 Uhr schlafen gegangen zu sein. Als ich ihn nach Hause schickte, die Stiefel zu reinigen, kam er bald mit seinem Vater wieder, der mich erregt zur Rede stellte, weshalb ich seinen Sohn geschlagen hätte, was in Wirklichkeit nicht geschehen war. Bei dieser Gelegenheit hörte ich erst, daß der Junge am Witternachts vom Kriegesfest in Lieben nach Hause gekommen war. Er suchte auch gern Handel mit anderen Kindern und zeigte sich dabei roh.

Auf die Frage des Vorsitzenden, ob diese Vorfälle aus allerlehter Zeit stammen, erklärte der Lehrer, daß sie verhältnismäßig weit zurückliegen. Vorj.: Dabei handelt es sich wohl immer um Dinge, bei denen er selbst etwas ausgefallen hat. In diesem Fall aber fehlte es ihm doch an eigenem Interesse. Erzählte er denn auch gern Räubergeschichten? Zeuge: Er hatte die eigene Art, sich interessant zu machen, wobei er sich nicht immer an die Wahrheit hielt. Die Angaben Willi Bormelchers sind jedenfalls mit gewisser Voracht aufzunehmen. Rechtsanwalt Juliusberger: Sind Sie öftlich unbedungen, Herr Zeuge, sind Sie nicht feindselig eingestellt gegen Leute, die sich bei Ihnen beschwerten? Zeuge: Ich bin ganz unbefangen. Die Eltern haben immer das Recht zum Lehrer zu kommen. Darüber freue ich mich. Rechtsanwalt Juliusberger: Es heißt, daß Sie viel prügeln und die Kinder sich vor Ihnen fürchten. Zeuge: Nein, kein Kind fürchtet sich vor mir. Geprügelt wird äußerst wenig.

Justizrat Falkenfeld: Es ist Ihnen doch bekannt, daß in der Nacht zum Geburtstag des Reichspräsidenten die Ihnen zum Flaggen überhandte schwarzrotgoldene Fahne gestohlen wurde. Zeuge: Jawohl. Justizrat Falkenfeld: In welchen Kreisen ist der Täter nach Ihrer Meinung zu suchen? Vorj.: Sicher, doch nicht in den Kreisen, die dem Reichsbanner nahestehen. R. A. Bloch: Das kann man wohl nicht so ohne weiteres sagen, Herr Vorsitzender. So wurde am 23. Oktober bei einer Reichsbannerveranstaltung in Arensdorf ein Kranz mit den neuen Farben niedergelegt. Dieser Kranz verschwand nach in derselben Nacht, und zwar hat ihn ein Reichsbannermann mitgenommen, der die Schleiße zu einem neuen Kranz verwenden wollte.

Hauptlehrer Hübner, der früher in Arensdorf tätig war, schilderte zunächst die Entwicklung der Zusammenstöße in Arensdorf, wobei er betonte, daß mehrere Frauen dem Angeklagten August Schmelzer, als er mit dem Gewehr aus dem Hause rannte, nachgerufen hätten: „August, bleib hier!“ Den kleinen Willi Bormelcher bezeichnete auch er als schwachen Schüler, der aber bei allen Schlägereien zwischen den Kindern beteiligt gewesen sei, und zwar in der Regel als der Hauptschuldige, was er aber jedesmal abzuleugnen versucht habe. Natürlich war er nicht der einzige, der nicht die Schuttschärben machte. Ich habe noch mehr von der Sorte. Besthler Gerichtsassessor Mares: Haben Sie Ihren Schülern mitgeteilt, daß Reichsbannerkrieg in Frankfurt sei und daß sie durchkommen werden? Zeuge: Nein.

Die Verhandlung geht weiter.

## Regierungswahl in Braunschweig.

Das sozialdemokratische Kabinett gewählt.

Braunschweig, 14. Dezember.

Bei der heute im Landtag vorgenommenen Wahl des neuen Ministeriums wurden für die von der sozialdemokratischen Fraktion vorgeschlagenen Abgeordneten Rechtsanwalt und Rotor Dr. Jasper, Betriebsrätekreisleiter Steindreher und Lehrer Sievers je 25 Stimmen abgegeben. 22 Stimmzettel waren unbeschrieben. Die Gewählten erklärten, die Wahl annehmen zu wollen.

## Scheitert die Lohnsteuer-Senkung?

Bisherige Verhandlungen im Steuerauschuß ergebnislos

Der Steuerauschuß des Reichstags beendete am Mittwoch die allgemeine Aussprache über die Senkung der Lohnsteuer und vertagte sodann die weiteren Beratungen auf Donnerstag. Bisher ist kein Fortschritt erzielt worden. Es wächst dadurch die Gefahr, daß die Senkung der Lohnsteuer überhaupt nicht mehr rechtzeitig beschlossen werden kann, zumal die Regierungsparteien die Tagung des Reichstags schon am Sonnabend dieser statt am Dienstag der nächsten Woche beenden wollen.

Weit größer aber sind die materiellen Schwierigkeiten. Obwohl eine Vorlage der Reichsregierung vorliegt, wird sie von den Regierungsparteien nicht gebilligt. Das Zentrum steht in ihrer Erfüllung der Ley Brüning, der Deutschen Volkspartei geht die Vorlage sogar noch zu weit, die Deutschnationalen haben überhaupt keine Meinung. Die Deutsche Volkspartei verlangt außerdem die erheblichsten Veränderungen der Einkommensteuer für die Veranlagungspflichtigen und sie hat Anträge eingebracht, die die größten Streitfragen aufrollen. Die Reichsregierung hat bisher keinen Versuch gemacht, diese gegensätzlichen Meinungen zu überbrücken. Ihr ist anscheinend das Scheitern ihrer Vorlage nicht so unerwünscht, wie sie bisher behauptete.

Ebenso wichtig wie diese Uneinigkeit der Regierungsparteien ist die Meinungsverschiedenheit zwischen Reichsregierung und Reichsrat. Aus ihr leitet nämlich die Reichsregierung die Verpflichtung ab, im Reichstag eine Vorlage zustande zu bringen, die auch den Wünschen des Reichsrats entspricht. Da der Reichsrat nur eine geringfügige Erhöhung der Familienermäßigung zugestehen und den Gehaltsbeitrag der Lohnsteuer auf mindestens 1300 Millionen hinaufschrauben will, so müßte das eigentlich zu Beschließen führen, die höchstens eine Mittelkategorie zwischen der Vorlage der Reichsregierung und der Vorlage des Reichsrats darstellt.

Die bisherigen Verhandlungen im Steuerauschuß haben aber zu einer wichtigen Feststellung geführt: Reichsregierung und Reichsrat wollen keine Ausführung der Ley Brüning. Der Ertrag der Lohnsteuer soll nicht 1200 Millionen, sondern mindestens 1300 Millionen betragen. Dieser Betrag ist den Ländern von der Reichsregierung zugestanden worden, damit sie mit diesen unerwarteten Mehreträgen die Kosten ihrer Besoldungsreform bezahlen können. Das aber soll nicht gerade und offen durch eine Veränderung der Ley Brüning erreicht werden, sondern hinten herin durch einfache Wahrung dieses bestehenden Gesetzes.

Wahrlich, ein häßliches Bild! Wohlgeegnet zur Illustration der gegensätzlichen Interessen unter den Regierungsparteien, wenn es sich um das Schicksal der Lohnsteuerzahler handelt.

Begnadigungen in Anhalt. Das anhaltische Staatsministerium hatte aus Anlaß des 80. Geburtstages des Reichspräsidenten in 154 Fällen Gnadenbewilligungen beschlossen. In 34 Fällen erfolgte Befreiung von Freiheitsstrafen, während der Rest sich auf Geldstrafen bezieht.

# Berlin im Weihnachtskleid.



Jedes Fest bedarf seiner eigenen Zurüstungen. Besonders Weihnachten, das große Stimmungsfest, erfordert gewaltige Anstrengungen. Auch die Geschäftswelt, die großen Warenhäuser bis herab zum kleinen Straßenverkäufer stellen sich auf „Weihnachten“ ein, die einen mehr, die anderen weniger. Die grauen Häuserzeilen der Straßen werden in diesen Tagen plötzlich durch Unmengen bunter Affischen, Lichtreklamen, Plakate und Transparente belebt, die alle auf Weihnachten hindeuten: „Billiger Weihnachtsverkauf!“ — „Weihnachtsgeschenke in großer Auswahl!“ — „Herrliche Weihnachts-Geschenksbegeben!“ Se nun, wie der Geistesblitz hinreichte, präsentierten sich diese Lockungen, manche originell und manche plump vertraulich, vom Kaufmann wohl berechnet nach der Art seines Geschäftspublikums. Es ist schon Tradition geworden, daß man Weihnachten Schilder anhängt, auch das kleinste Seifengeschäft klebt solches auf und wechselt mindestens bei dieser Gelegenheit einmal seine Auslage.

Die größeren Geschäfte und Warenhäuser strengen sich im Verhältnis mehr an. Da klettern die Affischen hoch an den Fassaden hinauf, geben denen eine ganz neue Bekleidung aus bemalter Leinwand und Pappe. Und vor allem Lichter, Lichter und abermals Lichter! Zu Hunderten und Tausenden zählend die Kerzen, die den Sinnen „Weihnachten“ leuchten an den Fassaden herabstrahlen. Da hat ein großes Warenhaus vom ersten Stockwerk an ringum um das Haus mächtige bemalte Weihnachtsbäume aus Karton aufgestellt, die die Fenster eines ganzen Zwischenstads eindecken. 6 Meter hoch und 5 Meter breit ist jeder Baum und wird von 13 Kerzen illuminiert. 32 Bäume zählt man rings um das Haus, die schon von weit her sichtbar werden. Ein anderes Haus hat in Kistenformaten die figurliche Darstellung des Weihnachtsmanns, der gabelbeladen gebeugt daher schreitet, auf seine Aukun-

fassade geklebt, ein Kranz von elektrischen Flammen umstrahlt und oben die Konturen des Kiefernbaums. Im Westen der Stadt sucht man die Reklame sinniger anzupassen: da stehen ringum um die Aukun-fassade weiße Windlichter, die einen schönen Schmutz der vornehmen Fassade abgeben. Selbstverständlich sind die Schaufenster ebenfalls auf dieses bunte Bild eingestellt, was den Schmutz und die Dekorationen anbetrifft wie auch die Auslagen. Mit natürlichem oder gemalten Lannenschmuck ist jede Ware bestückt und belebt. Der fehlende Schnee auf den Strohen wird hier durch Watte und Glimmerstaub reichlich ersetzt. Alles, was glitzert und blinkt, was in bunten Farben sich präsentiert, wird zur Dekoration herangezogen. Für die großen und kleinen Kinder ist reich geforgt, daß sie stehenbleiben und natürlich auch eintreten sollen. Den kleinen Kindern kommt man mit dralligen Weihnachtsfestern, die irgendein Märchenmotiv illustrieren, den Großen zaubert man schneebedeckte Landschaften, auf denen sich die Sportjugend — natürlich auch Wachs — tummelt oder südländische Strandlandschaften die Gelegenheit zur Auslage von Reiseausstattungen und Reisegegenständen bieten.

Die Weihnachtsvormochen sind die großen Tage für Meisterdekorateure, für Lackstreiber, Maler und Schriftschreiber, Tapezierer und Tischler, die jetzt alle Hände voll zu tun haben, bis zum Heiligabend mit ihrer Kunst am Weihnachtskleid der Stadt zu arbeiten. An diesem Weihnachtskleid wirken dann auch noch mit die Tausende kleiner Geschäftsleute und Straßenhändler, die sich um der Straße bemächtigen, um nach uraltem Brauch aus ihrer offenen Verkaufsläden zu machen. Die Weihnachtsbäume treten in langen Reihen auf das Pflaster, die Spielzeughändler haben ihre Buden aufgeschlagen und die Ausrücker nageln sich an den Ecken fest. Sie müssen, sie wollen die einzige Gelegenheit wahrnehmen, das gefühlsteigende Herz des Großstadtpublikums noch mehr zu massieren, um aus dem offenen Vortemonaie auch ihren Teil zu finden, denn Weihnachten ist die Ernte des weltstädtischen Geschäftsmanns.

## Feuer in einer Filmfabrik.

Selbstentzündung von Rohfilmmasse.

Heute früh um 4,5 Uhr entstand in der Glanzfilm-A. G. in der Friedrichshagener Straße 9 Uhr zu Köpenick Feuer. Der Giehraum, in dem eine größere Menge Rohfilme lagerten, brannte völlig aus. Eine Ausdehnung des Feuers auf die angrenzenden Werkstätten konnten zum Glück rechtzeitig verhindert werden.

Der Giehraum, ein etwa 7 mal 10 Meter großer Fabriklokal, liegt im Erdgeschloß der umfangreichen Betriebe der Glanzfilm-A. G. Hier wird der Rohfilm in 1 Meter breiten Bändern hergestellt und über eine Transportanlage der Schneidemaschine zugeführt, die das Band in Normalfilmstreifen teilt. Wahrscheinlich infolge Selbstentzündung geriet die Rohfilmmasse in Brand. Als das Feuer entzündet wurde, bildete der ganze Raum ein einziges Flammenmeer. Da die Gieherlei mit den modernsten feuerrechtlichen Sicherheitsanlagen, u. a. mit einer Sprinkleranlage, die sich bei Feuerbruch selbsttätig einschaltet, versehen ist, konnten die Flammen nicht auf die anschließenden Räume übergreifen. Die feuerfesten Türen hielten bis zum Eintreffen der Feuerwehr, die mit vier Löschzügen anrückte, stand. Nach längerem Wassergeben aus fünf Schlauchleitungen großen Kalibers konnte das Feuer dann in kurzer Zeit niedergelämpft werden. Wegen der Stichlammengefahr mußten die Feuerwehrleute zeitweise mit größter Vorsicht arbeiten. Der Schaden ist durch Versicherung gedeckt. Wie uns von der Firma mitgeteilt wird, erleidet der Betrieb keine Unterbrechung.

## Ein neuer Schlafwagentyp.

Auf dem Potsdamer Bahnhof steht hinten auf den Abstellgleisen ein neuer Schlafwagentyp. Sehr laue, dorobourrot lackierte Wagen, mit Goldlinien abgesetzt. In der Mitte des Wagens auf Goldgrund das von Schulpia, Berlin, entworfene Stannum der Mitropa, ein im Oval stehendes M, über dem der stilisierte Kopf eines Adlers zu sehen ist, dessen Flügel durch die beiden äußeren Balken des M gebildet werden. Die neuen Wagen sind 23½ Meter lang und somit 2½ Meter länger als die bisher üblichen D-Jug-Wagen. Jeder Schlafwagen enthält 11 Schlafabteile. Des Innere der Wagen ist nach Entwürfen der Deutschen Werkstätten, Dresden, hergestellt. Feinmostrichte, seidensähnliche Gebelins-Bandbezüge, modern gestreifte Sitzbezüge und ein dazu passender Teppich geben den Abteilen den Anblick eines bequem und geschmackvoll ausgestatteten Salons. Besondere Sorgfalt ist auf geräuschlosen, ruhigen Gang der Wagen und gute Entlüftung der Abteile gelegt. Zur Entlüftung werden hier zum ersten Male bei Eisenbahnwagen Pfeiffer-Sauerer verwendet. In jedem Abteil ist stehendes warmes und kaltes Wasser zum Waschen vorhanden. Eine Feuerung besteht auch darin, daß die Schlafabteile durch ein Sicherheitschloß von innen gegen unbefugtes Öffnen gesichert werden können. Sehr geschmackvoll und reich ist auch die Beleuchtung der Abteile und des ganzen Wagens eingerichtet. Besondere Leuchtlampen und Wandschleuchte bieten den Reisenden alle Bequemlichkeiten während der Fahrt. Auch auf besonders gute Herrichtung der Betten, die breiter als die bisher üblichen Betten sind, ist Wert gelegt worden. Die jetzt angefertigten Wagen sind von den Loko-Hofmann-Werken in Breslau hergestellt; weitere Wagen werden von der Görlitzer Waggonfabrik und der Firma Bogmann in Kassel gebaut.

## Jugendbuchausstellung in Neukölln.

Er war gewiß ein zwar Kühner, aber durchaus guter Gedanke des Bezirksamtes Neukölln, die diesjährige Jugendbuchausstellung in einem Warenhaus, Joleph und Co., zu eröffnen. Der Kampf gegen die Schundliteratur kann nur erfolgreich geführt werden, wenn der großen Masse auf bequeme Art Gelegenheit gegeben wird, für ihre Kinder gute Schriften zu erwerben. In guter Gesellschaft, gleich hinter den Ausstellungsräumen der Deutschen Kunstgemeinschaft, am Ende des Erfrischungstraumes, im 2. Stock, hat die Firma Joleph eine hübsche, durch Zimmergewächse umrahmte Ecke zur Verfügung gestellt. Gleich am Eingang rechts hat ein

Montessori-Haus seine Porten den Kleinen von drei bis sechs Jahren geöffnet und noch Beschäftigungsartikel ausgestellt. Der Verlag J. H. Diez ist mit einer Reihe ansehnlicher Jugendbücher vertreten, u. a. mit „Peter Stoll“ und „Kinderland“. Die Ausstellung ist bis einschließlich 18. Dezember geöffnet. Die Eröffnungsfest wurde umrahmt durch Gesänge der 32. weltlichen Schule unter Leitung des Genossen Hoffmann.

## Wünsche für den Einheitsverkehr.

Mehr Großzügigkeit auch auf der Stadtbahn erwünscht.

„Som 1. Januar 1928 ab soll, wie mitgeteilt, eine Umstellmöglichkeit von der Stadtbahn auf die übrigen Berliner Verkehrsmittel geschaffen werden. Allerdings nur für die dritte Klasse, und zwar für einen Preis von 30 Pf. Wäre es aber nicht an der Zeit, daß auch die Staatsbahn dem Beispiel der Hochbahn folgte und das Einlassensystem, wenigstens zunächst auf der Stadtbahn, einführt? Ruß es noch weiterhin „gepölkerte“ und „hölzerne Klaffen“ geben?

In den letzten zwei Jahren hat die Stadtbahn ständig zugunsten der anderen Berliner Verkehrsmittel verloren. Das hat sie ihrer Rückständigkeit auf allen Gebieten zu danken: Geringere Geschwindigkeit, weniger Bequemlichkeit. Immer noch die alte Verwaltungsmarine, nichts von dem großzügigen Kaufmann, der um Kunden wirbt. So wird uns beispielsweise folgendes geschrieben: „Ich habe eine Monatskarte 2. Klasse, sie berechtigt zur Fahrt von Köpenick auf der Stadtbahn bis nach Westend und auf dem Nordring (man hat die Wahl zwischen Nord- und Südring). Benutzt wird die Karte fast lediglich höchstens bis zum Alexanderplatz, den Nordring habe ich seit vielen Monaten gar nicht befahren. Es wird der Stadtbahn also weit mehr bezahlt, als ich sie je benutze. In der gleichen Lage befinden sich aber Lauende von Anhabern solcher Monatskarten. Niemand hat ein Bedürfnis, auf der Stadtbahn zu fahren, jeder beschränkt sich auf den kürzesten Weg zu seinem täglichen Ziele. Aber dann passiert es, vielleicht innerhalb von Monaten, doch einmal, daß man gerade den Ring benutzen möchte, den man nicht befahrt hat. Dann muß man zahlen, obgleich man jahraus, jahrein der Stadtbahn weite Strecken bezahlt, ohne sie zu benutzen.“

Mit solchen Kleinigkeiten — es ist das nicht die einzige — sollte die Stadtbahn endlich aufräumen. Die Bahnhöfe werden ja jetzt etwas aufgeräumt und es wird der elektrische Betrieb vorbereitet. Hoffentlich modernisiert sich gleichzeitig auch die Verwaltung.

## Die Sonnenburger Ausbrecher wieder ergriffen.

Die fünf Ausbrecher aus dem Sonnenburger Zuchthaus haben sich nur kurze Zeit der Freiheit erfreut. Nachdem es bereits am 12. Dezember gelungen war, zwei von den fünf Ausbrechern, nämlich Hapke und Raß, im Neubau bei Keppen festzunehmen, sind jetzt auch die drei weiteren Ausbrecher, Koring in der Nähe von Keppen, Keph und Buntfuß bei Drossel, aufgegriffen worden.

Hedwig-Wangel-Hilfe. Die unermüdete Hedwig Wangel, die Jurisprudenz aller jener Frauen und Mädchen, die mit den Gesetzesparagrafen irgendwie in Konflikt geraten sind, und denen sie nach verbüßter Strafe den Weg zurück ins Leben weisen will, plant ihr „Tor der Hoffnung“ weiter auszubauen. Sie will der von ihr ins Leben gerufenen Heim- und Fachschule für weibliche Strafenkassene eine Heimwerkstätte anschließen, um den Schülerinnen eine dreijährige Lehrgang in der Schneiderkunst zu ermöglichen, in der sie unter Leitung einer ersten Kraft lukrativ arbeiten und durch fleißige die Achtung ihrer Mitmenschen wiedergewinnen können. Im Rahmen eines Gesellschaftsabends in den Räumen des Reichsjustizministeriums sprach Hedwig Wangel zu ihren zahlreich erschienenen Freunden und Gönnern von ihren Plänen und bot in ihrer herzlich-schlichten Weise um tatkräftige Unterstützung von allen Seiten.

Die Abteilungsermittlung der 39. Abteilung findet heute, Mittwoch, 30. Uhr, in der Juristischen Sprechstunde, Lindenstr. 3, statt.



# „Sonderauschuß für Eisen und Stahl.“

## Kampfplan der Eisen- und Stahlindustriellen.

Die „Rote Fahne“ behauptet, in den Besitz eines Rundschreibens der Zentrale der Schwerindustriellen gekommen zu sein, dessen wesentlichste Stellen sie zum Abdruck bringt. Wir entnehmen daraus:

Für die Durchführung der Stilllegung und die Behandlung der damit zusammenhängenden Fragen ist der „Sonderauschuß Eisen und Stahl“ gebildet worden.

Die Geschäftsstelle befindet sich in dem früheren Verwaltungsgebäude der Phoenix A.-G. (Eisenerberg), Eingang Bendemannstraße 2. Fernruf: 23 656 bis 23 661.

Die Geschäftsverteilung in diesem Sonderauschuß ist wie folgt geregelt:

Oberleitung, Verbindung zwischen den einzelnen Abteilungen Direktor Kaabe.

1. Allgemeines: Beckmann, Dr. Grimmett, Verhandlungen mit den Gewerkschaften, Koststandsarbeiten, Verhandlungen mit den Banken, der Reichsbahn usw., Verbindung mit Verbänden und Werken.

2. Presse und Nachrichtendienst: Dr. Steinberg, Dr. Küster, Redemeyer.

3. Rechtsabteilung: Rechtsanwalt Schoppen, Dr. Bolker, sämtliche Rechtsfragen, Rechtschutz durch Erstattung von Gutachten und Vertretung vor Gericht, Verbindung mit dem Schutzverband.

4. Verbindung mit Arbeitsnordwest: Kramer.

Dem im Auftrage: Schoppen, Rechtsanwalt, gezeichneten Rundschreiben sind zwei Merkblätter angefügt:

### Merkblatt für Betriebsstilllegungen.

#### 1. Allgemeines.

a) Alle Maßnahmen für die Betriebsstilllegung werden von dem Sonderauschuß Eisen und Stahl, Düsseldorf, Bendemannstraße 2, getroffen.

b) Alle Anordnungen dieses Ausschusses, die den Werken entweder unmittelbar oder durch die Ortsgeschäftsführer zugehen, sind unbedingt auszuführen.

c) Ein selbständiges Handeln der Werke ist unstatthaft. Alle Maßnahmen, auch solche in dringenden Fällen, dürfen nur nach dem Benehmen mit dem Bureau des Sonderauschusses Eisen und Stahl getroffen werden.

#### 2. Besondere Vorschriften.

a) Jede Neueinstellung von Arbeitern hat von jetzt ab zu unterbleiben. Kündigungen in den Löhnen oder Verdiensten dürfen bis auf weiteres nicht vorgenommen werden, es sei denn, daß tarifliche Verpflichtungen dazu bestehen.

b) Bei Gefährdung der Kredite, bei Schwierigkeiten mit Bestellern und Versicherern Meldung an Ortsgeschäftsführer und Bureau Sonderauschuß Eisen und Stahl.

#### 3. Kündigung.

a) Die Kündigung der Arbeiter erfolgt nur auf Anweisung des Bureaus Sonderauschuß Eisen und Stahl. Sie ist so vorzubereiten, daß sie spätestens am 15. Dezember 1927 erfolgen kann.

### Merkblatt für Arbeitskämpfe.

1. Bricht in einem Betriebe ein Streit aus, sofortige Meldung an den örtlichen und bezirklichen Arbeitgeberverband und Bureau Sonderstahl, Bendemannstr. 2.

2. Unverzügliche fristlose Entlassung der streikenden Arbeiter durch Anschlag und Brief, Kündigung der beurlaubten und krankfeiernden Arbeiter durch besonderen einfachen Brief unter Einhaltung der Kündigungsfrist.

3. Wird durch einen Teilstreik die Fortführung des Betriebes unmöglich, so darf keine Lohnzahlung an die nicht-streikenden Arbeiter erfolgen, die deshalb nicht arbeiten können. Auch diese Arbeiter sind mit der gesetzlichen Kündigungsfrist zu entlassen, und zwar durch Anschlag bzw. bei beurlaubten und krankfeiernden Arbeitern durch besonderen einfachen Brief.

4. Unverzügliche Meldung des Streiks und der streikenden Arbeiter sowie der wegen des Streiks gefährdeten Arbeiter möglichst mit Angabe der Namen usw. an die örtlichen Arbeitsnachweise.

7. Bei Verweigerung der Koststandsarbeiten Antrag auf Einsetzen der Technischen Nothilfe bei den zuständigen Verwaltungsbehörden (Regierungspräsidenten, bei Gefahr im Verzuge beim Landrat bzw. Polizeipräsidenten) nach Fühlungnahme mit den örtlichen Verbänden.

8. Schwerbeschädigte sind genau so wie die übrigen Arbeiter zubehandeln.

9. Wird die Lehrlingsausbildung unmöglich, keine Fortzahlung der Vergütung, sondern Beurlaubung der Lehrlinge.

11. Uebergriffe von streikenden Arbeitern (Streikposten) sofort den Ortsverbänden melden sowie Namen und Zeugen feststellen.

12. Wegen der Niederschlagung oder Erstattung von Klagen, Standsgeldern Anträge an die Reichsbahn eventuell mit Hilfe der Ortsverbände.

Bezeichnend ist, daß das kommunistische Blatt zu diesen Rundschreiben nichts weiter zu sagen hat, als über die verräterische Passivität der Gewerkschaftsführer zu schimpfen. Sollen die Gewerkschaftsführer etwa den Unternehmern und der RPD den Gefallen tun, noch vor der Beendigung der Lohnverhandlungen die Arbeiterschaft zum Streit aufzufordern und den Herrschaften die Hasen in die Röhre jagen?

Das kommunistische Generalkampfbuch ist zwar nicht mehr ganz neu und unbekannt, allein sein Gebrauch muß denen überlassen werden, die es verwenden. Die Zeitung des Deutschen Metallarbeiterverbandes wird die Taktik befolgen, die sie für richtig hält und die ihrer Verantwortung entspricht.

Mag der Kampf ausgehen wie er will, für die RPD ist kein Geschäft dabei zu machen. Die Arbeiterschaft wird mit den Beuten abzurechnen wissen, die ihr mitten im Kampfe Knüttel zwischen die Beine werfen und ihre Führer in der gemeinsten Weise verdächtigen.

Gerade dieser Kampfplan der Schwerindustriellen zeigt, daß die bisherige Taktik des Metallarbeiterverbandes durchaus richtig und einzig möglich war.

Beieifung an einer Zeichnung für das Ehrenmal für die Gefallenen abgelehnt haben.

Für die Beurteilung der Dinge kommt es natürlich jenseits darauf an, mit welchen Augen sie gesehen werden. Der Vorgetragene kann alles in altgewohnter bester Ordnung finden, wo der Unterebene ein „Sibirien“ sieht. Wir wollen hoffen, daß unsere Veröffentlichung nicht nur dazu führt, die Raumfrage der Prüfungsstelle möglichst bald aus dem Stadium der Schwärze herauszubringen, sondern auch zu einer besseren Behandlung der Postboten und Schaffner. Der Ton macht die Musik.

### Reichskonferenz der Behördenangestellten.

Am Sonntag, dem 11. Dezember, tagte im Erholungsheim des RDA in Bad Finkenmühle in Thüringen die Reichskonferenz der im Zentralverband der Angestellten organisierten Behördenangestellten des Reichs und der Länder. Sie war von Delegierten und Gästen aus allen Gauen Deutschlands und den verschiedensten Behörden außerordentlich zahlreich besetzt, ein Beweis dafür, welches großes Interesse unter den Behördenangestellten für ihre Berufsfragen vorhanden ist.

Der Verbandsvorsitzende Urban eröffnete die Konferenz mit einem Hinweis auf die äußerst wichtige Tagesordnung, die neben Berichten über die umfangreiche erfolgreiche Arbeit des Zentralverbandes der Angestellten die Gegenwarts- und Zukunftsaufgaben für diese Angestellten berücksichtigte.

Der Reichsfachgruppenleiter Hausherr gab zunächst keinen groß angelegten Allgemeinbericht. Er erörterte insbesondere die Entwicklung des Angestelltentums bei den Behörden, die Beamtenfrage, die Verwaltungsreform, das Betriebsrätemem bei den Behörden, die Sicherung der Existenz der Angestellten durch Tarifverträge, Kündigungsschutz und die Alters- und Hinterbliebenenversorgung. Den Bericht der Reichsfachgruppenleiter über Einzelfragen gab Lache (für die Reichsbehörden) und Kiemle (für die Länderverwaltungen). Die Befordrungsreform für die Beamten und ihre weitgehende Auswirkung und Übertragung auf die Behördenangestellten legte Kiemle dar, der schließlich noch über die Verhandlungen zur Schaffung einer ausreichenden Alters- und Hinterbliebenenversorgung der Angestellten bei Reichs- und Staatsbehörden berichtete.

In einstimmig angenommenen Entschlüssen nahm die Reichskonferenz Stellung zu den wichtigsten Fragen: tarifliche Regelung der Gehaltsbezüge unter Aufrechterhaltung des Leistungsprinzips; Aufbau einer guten Alters- und Hinterbliebenenversorgung; Ausbau der Betriebsräte bei Behörden in Berücksichtigung des § 61 WRG und unter Ausschließung von § 13 Abs. 4 WRG.

Die Reichskonferenz erörterte noch organisatorische und Verbandsangelegenheiten, um schließlich den Reichsausschuß für die Angestellten bei den Behörden des Reichs und der Länder neu zu wählen. Die eindrucksvolle Tagung lang aus in einem mit Begeisterung aufgenommenen Bekenntnis zum Aufbau der deutschen Republik als Einheitsstaat.

### „Glänzender Sieg in Zipsendorf.“

Und ein noch glänzenderer „Beweis“.

„Nach den ersten für die Opposition erfolgreichen Verbandswahlen im Bergarbeiterverband des Ruhrgebiets hat nunmehr auch in Mitteldeutschland die Gewerkschaftsopposition einen glänzenden Sieg in der Zipsendörfer Zipsendörfer gewählt. Während auf die Gewerkschaftsopposition 127 Stimmen entfielen, konnte die SPD-Liste nur 66 und eine Sonderliste nur fünf Stimmen auf sich vereinen.“

Dieser Siegesbericht, den wir ein wenig unterstrichen haben, bringt heute die „Rote Fahne“. Sie begnügt sich jedoch keineswegs mit der Registrierung dieses „glänzenden Sieges“. Sie schlägt ihm zu folgender Behauptung aus: „Dieses Wahlergebnis (in Zipsendorf) Red. d. „R.“ ist zugleich ein Beweis für den Kampfwillen der Arbeiterschaft und eine Antwort auf den mit Hilfe der reformistischen Verbandsbureaus abgewürgten Kampf der achtzigtausend Bergarbeiter Mitteldeutschlands.“

Von 80 000 allein 127 in Zipsendorf, bedarf es da noch eines weiteren Beweises gegen die „reformistische Verbandsbureaukratie“? Zipsendorf, in der Provinz Sachsen hat eine Braunkohlegrube, zählte vor dem Kriege 2213 Einwohner und jetzt nahezu allein 20 Bergarbeiterwähler.

So wacker kämpft die RPD, und so glänzend „sieg“ sie!

### Schiedspruch in der Metallindustrie Oberschlesiens.

Beuthen (O.-Schl.), 14. Dezember. In dem Konflikt in der weiterverarbeitenden Metallindustrie Oberschlesiens hat die Schlichterkammer unter Vorsitz des ständigen Schlichters Professor Braun einen Schiedspruch gefällt, nach dem die tarifliche Gehälter ab 1. Januar 1928 um 5 1/2 Proz. erhöht werden. Die Dauer des neuen Vertrages ist bis zum 30. Juni 1928 mit einer erstmalig am 31. Mai in Kraft tretenden Kündigungsfrist festgelegt worden. Die Erklärungsfrist der Parteien des Schiedspruchs läuft bis zum 22. Dezember.

Verantwortlich für Inhalt: Dr. Curt Geys; Wirtschaft: G. Altmeyer; Gewerkschaftsbewegung: H. Ertter; Familien: A. A. Böcher; Lokales und Sonstiges: Fritz Karst; Anzeigen: Ed. Glade; sämtlich in Berlin. Verlag: Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Verlag und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW 68, Lindenstraße 3.

### „Vom Berliner Postzeitungsamt“.

Mit dieser Uebersicht versehen haben wir in Nr. 567 des „Vorwärts“ einer Zuschrift über die Arbeitsverhältnisse im Berliner Postzeitungsamt Raum.

Von der Nachrichtenstelle des Reichspostministeriums erhalten wir hierzu folgende Darlegungen:

Wie überall, so müssen auch die Maßnahmen usw. im Betriebe des Postzeitungsamts den Erfordernissen der heutigen Zeit entsprechend auf ihre Wirtschaftlichkeit geprüft werden. Angutend ist aber in dem Artikel die Darstellung, daß jetzt unter Berufung auf das Eintreffen des Spatiummissars besonders drückende Sparmaßnahmen bei dem Postzeitungsamt im Gange seien. Im Zusammenhang hiermit sind auch die Vorwürfe gegen den Oberpostsekretär Hinz der Prüfungsstelle vollkommen unbegründet. Der Raum der Prüfungsstelle ist 90 Quadratmeter groß und ausreichend belichtet. Das Postzeitungsamt hat aber vor längerer Zeit schon zur Verbesserung der Arbeitsverhältnisse beim Postzeitungsamt in Aussicht genommen, auch einen Teil des Personals der Prüfungsstelle in anderen, neu zu beschaffenden Räumen unterzubringen. Diese Angelegenheit schwebt noch. Es ist selbstverständlich, daß Vortragspausen nur gemeinsam angelegt werden können, weil jede Ordnung im Zeitungsweesen aufhören würde, wenn jeder Beamte für sich geloberte Tausen haben wollte. Dagegen kann jeder das Frühstück zu ihm passender Zeit einnehmen, bis auf die Beamten der Prüfungsstelle, die mit gegenseitiger Zustimmung gemeinsam frühstücken.

Zu den Klagen über eine Ueberfüllung der Bestell-

abteilungen II und III mit Aufsichtspersonal haben wir festgestellt, daß die Angaben darüber unzureichend sind und das Aufsichtspersonal auf das äußerste bemessen ist. Beide Abteilungen haben je einen Aufsichtsbekannt; dem der erheblich größeren Abteilung III ist noch eine Aufsichtskraft beigegeben. Ebenso aus der Luft gegriffen ist die Behauptung, daß Hilfspostkassierer und Schaffner ganz besonders ausgenutzt werden. Jeder Beamte hat seine bestimmte Stelle mit genau umschriebenem Arbeitsgebiet, die er natürlich ausfüllen muß.

Dah in den Bestell- und Versendungsabteilungen des Postzeitungsamts um die Monats- und Vierteljahrs- wende, wenn die Bestellungen für die neue Bezugszeit aus dem ganzen Reichsgebiet zusammenströmen, Mehrleistungen zu verrichten sind, ist unermesslich. Wegen dieser Mehrleistungen ist aber der Dienst an den übrigen Arbeitstagen entsprechend verkürzt, auch sind die Dienststundenpläne natürlich im Einklang mit dem Beamtenausschuß aufgestellt worden, der eine andere, bessere Regelung nicht hat vorschlagen können.

Es ist beim Postzeitungsamt nichts darüber bekannt geworden, daß am Donnerstag ein Helfer wegen Erschöpfung infolge Ueberanstrengung zusammengebrochen ist. Vielleicht beziehen sich diese Beobachtungen auf einen an epileptischen Krämpfen leidenden Helfer, dessen Ausscheiden aus der Beschäftigung beim Postzeitungsamt hat erzwungen werden müssen.

Die Arbeitszeit beim Postzeitungsamt ist nicht die höchste, sie ist seit Mai dieses Jahres vielmehr stets unter dem Bezirksdurchschnitt geblieben. Ebenso wenig werden „Schwarze Listen“ beim Postzeitungsamt geführt, auch nicht über die Beamten, die eine

**Kenner**  
kaufen  
Schokoladen  
Pralinen  
Teer  
Kakao  
Kaffee  
Honigkuchen  
sowie alle Weihnachtsartikel an preiswertesten und billigsten bei  
**Schokoladen-Bunde**  
Adalherstr. 1 am Kottbusser Tor  
Prinzenstr. 55, Ecke Dresdener Str.

**Billige Spielwaren**  
Reste vom Engroslager für die Hälfte:  
Holzspielwaren statt 75 Pf. bis 1 M. jetzt 30 Pf.  
Gekl. Puppen 50 Pf., Unzerbrechl. Puppen gekl. 50, 75 Pf.  
Teekannen 1,50, 1,80 M., Klettermasse 75 Pf.  
Baupspiel 2.- M., Petzler große 40 Pf., Leinwand, richtig gehend, 4,50 M., Gesellschaftsspiele 35, 70 Pf.  
Viele Sorten Spielwaren, alles halb geschenkt, nur soviel Vorz.  
Gegr. 1890 **Alte Firma Maas** Gegr. 1890  
nur Markgrafenstraße 84, an der Lindenstr.

**Pianos Flügel**  
große Auswahl  
Fabrikgarantie  
billige Preise  
bequemste Zahlungsweise  
Verkauf nur  
Hauptfabrik **Steinberg** Frankfurter  
Sonntag ab 2 Uhr geöffnet. Allee 12

**KUCHEN . . . von Mk. 70. — an**  
**SCHLAFZIMMER . von Mk. 390. — an**  
in 2 Spezialgeschäften Weihnachtsverkauf,  
10 Proz. Raba. l. Sonntags von 2—6 Uhr geöffnet.  
Abt. I: Küchen **Adolf Zebrowski** Paul-Singer-Str. 28  
Abt. II: Schlafz. Paul-Singer-Str. 28  
Telefon: Alexander 5808.

Es ist neu erschienen:  
**Der illustrierte sozialdemokratische Abreißkalender für 1928**  
Jede Seite bringt Illustrationen. Der Kalender kann in jeder Hinsicht als Quelle und Hilfsmittel dienen. Er bringt Zitate aus sozialistischen Werken, eine Fülle von Sentenzen in Poese und Prosa. Nahezu 100 Verbände geben hier authentischen Bericht. Der Kalender kostet  
Mark 2.—  
Zu haben in allen „Vorwärts“-Abgabestellen und Parteilokalhandlungen oder direkt von der „Vorwärts“-Gedruckerei und Verlagsanstalt, Berlin SW 68, Lindenstraße 3

**DER WUNSCH DER HAUSFRAU**  
  
**FRANZ RAMANN ELEKTRISCHE HAUSHALTUNGS-APPARATE**  
BERLIN O. 17 WARSCHAUER STR. 41-42 INDUSTRIE-PALAST  
FERNSPRECHER: HÖNIGSTADT 3543.  
**10% Weihnachts-Rabatt bis 15. Dezember!**

**Rudolf Fink, Berlin NW 21**  
Turmstr. 6  
vis-à-vis Kriminalgericht  
Alt-Moabit 83 und Uhlandstraße 108.  
Aus eigener Spezial-Rösterei  
steht frisch gerösteter Kaffee:  
Pfd. 2.70, 3.20, 3.80, 4.20, 4.60 M.  
von bekannter Güte, Aroma und Ergiebigkeit.  
Echt Chinesischer und Indischer Tee.  
Kakao / Zucker / Schokoladen / Kirs u. Vanille  
Bäckobst / Rosinen / Mandeln / Bestes Auszugsmehl / Feinkostwaren / ff. Liköre u. Spirituosen  
Gut gepflegte Rot-, Weiß- und Stärkungswine.  
Echte Braunschwe., Thür. u. Westf. Wurst- u. Fleischwaren,  
Käse - Auswahl, frische Eier zu billigen Tagespreisen.  
Batterien - Landlung.  
Sehr preiswert: Neueste Gemüße-Konserven - Neue  
fr. chie-Konserven u. Konfitüren

**Glaswaren**  
auch bis zu  
**12**  
Monatsraten  
**Raddatz & Co.**  
Berlin, Leipziger-Str. 122-125.